

## **Flagge zeigen!**

**Ausblick 2010**

**von**

**Dr. Wolfgang Gerhardt MdB**

Vorsitzender des Vorstandes der

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

29. Dezember 2009

\*

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist in über 60 Ländern mit Projekten aktiv. Sie hat in 48 Ländern eigene Büros. Sie erlebt prosperierende Gemeinwesen und scheiternde Gemeinwesen. Es gibt Newcomer, es gibt Schlüsselstaaten, es gibt Staaten mit nationalistischen Selbstdefinitionen, es gibt Staaten mit ethnischem Binnenzirkus und mit eigenwilligem Verhalten im Netz internationaler Beziehungen, es gibt Diktaturen und Menschenrechtsverletzer. Es gibt Vieles. Eines gibt es nicht mehr: Stammplätze. Es gibt Auf- und Absteiger.

Viele sprechen über eine Gewichtsverschiebung nach Asien, von der ich nicht so überzeugt bin, solange dort noch so viele geschichtliche Trümmer unbearbeitet herumliegen, andere über die Zerstörungen ganzer Gesellschaften in Afrika, wiederum andere über ein Puzzle strategischer Entscheidungen in Latein- und Südamerika. Russland nutzt seine Ressourcen, um sich einen Platz in der Weltliga zu sichern, Europa kämpft um seine indus-

trielle Basis und die Vereinigten Staaten um ihr eigenes Standing und ihren guten Ruf nach der Finanzmarktkrise.

Douglas North, Nobelpreisträger und Wirtschaftshistoriker, vertritt die These, dass die Gesellschaften, die wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Wettbewerb als etwas Positives ansehen, erfolgreich sein werden. „Sowohl auf nationaler Ebene wie auch auf jener der internationalen Beziehungen scheint der freie Markt das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedung der Bedürfnisse zu sein“, sagt Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Centesimus Annus* 1991.

Mit dieser Erkenntnis ist der Vatikan sehr vielen, die im Land des Exportweltmeisters Deutschland leben, voraus. Hierzulande ist die Unkenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge bedenklich und die geschmäckerliche Ablehnung der Marktwirtschaft geradezu Pflicht, wenn man als intellektuell anspruchsvoll gelten will. Über die geschichtlichen Schleifspuren der Alternativen wird dabei gern hinweggesehen. Überall dort, wo Wettbewerb und Markt aus politischen Gründen ausgeschaltet worden sind, hat sich unkontrollierte wirtschaftliche und politische Macht entwickelt. Den Menschen ist es dadurch nicht besser gegangen. Die propagierte soziale Freiheit hat am Ende überall die persönliche Freiheit zerstört.

Ob Freiheit in modernen Gesellschaften ein Mehrheitsprogramm ist oder nicht doch eher der Paternalismus des vorsorgenden Sozialstaates erwünscht wird, um sich von der Bürde der Freiheit und der Mühe des Lebens zu entlasten, mag jeder für sich entscheiden. Über die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP wird jedenfalls angesichts der großen Baustellen des Arbeitsmarktes, der Gesundheitspolitik und der Steuerpolitik genau vor diesem Hintergrund debattiert. An der Front stehen Betreuer, Bevormunder und Gerechtigkeitsrhetoriker zwischen Transfergebern und Transfernehmern.

Gerechtigkeitstheoretiker inflationieren den Wert sozialer Gerechtigkeit. Wem was zusteht, wer wie viel Einkommen haben darf, wem etwas weggenommen werden sollte – jeder Effekt wird als Kahlschlag gebrandmarkt, auf das „Format von interstellaren Phänomenen“ (Sloterdijk) vergrößert und dient nicht wenigen als reine Neidverschleierung. Soziale Gerechtigkeit

lässt sich so aber nicht erreichen, wenn sie denn je zur vollen Zufriedenheit aller überhaupt erreicht werden kann.

„In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung. Einseitig wurde die Arbeit mit immer höheren Kosten belastet. Der Weg zu sozialer Gerechtigkeit war immer mit höheren öffentlichen Ausgaben belastet, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben. Soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht an der Höhe der öffentlichen Ausgaben messen. Der wirkliche Test für die Gesellschaft ist, wie effizient diese Ausgaben genutzt werden und inwieweit sie die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen.“

Diese Sätze schrieben 1999 Gerhard Schröder und Tony Blair. Und nicht nur die. Auch den Folgenden:

„Es reicht aber nicht, die Menschen mit den Fähigkeiten und Kenntnissen auszustatten, die sie brauchen, um erwerbstätig zu werden. Das System der Steuern und Sozialleistungen muss sicherstellen, dass es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Arbeit für den Einzelnen und die Familie lohnt. Der größte Teil des Einkommens muss in den Taschen derer verbleiben, die dafür gearbeitet haben.“

Kaum zu glauben, aber amtlich. Das ist nicht mehr und nicht weniger als das erklärte Programm der bürgerlichen Koalition aus Union und FDP. Es hat nur einen Haken: Es muss durchgesetzt werden. 2010 wird dafür ein entscheidendes Jahr. Die Gegner sind schon auf dem Platz.

Gabor Steingart beschreibt sie in seinem Buch „The War for Wealth“ besonders eindrucksvoll als „No-Movers“. Sie halten nie Parteitage ab, machen kein „fund raising“, gehen nicht vor die Presse, machen auch keine Umfragen. Sie vertreten die „jämmerlichste aller Zukunftsvisionen: den Status quo.“ Sie vernichten durch ihre Verbohrtheit das gedankliche Kapital, das wir zur Sicherung der Zukunft so dringend brauchen, und verbauen Chancen für die nachfolgende Generation.

„Anpassung an den Wandel ist nie einfach,“ sagen Schröder und Blair in ihrem gemeinsamen Papier, „und der Wandel scheint sich schneller zu vollziehen als je zuvor, nicht zuletzt aufgrund der Auswirkungen neuer Technologien. Der Wandel vernichtet unweigerlich Arbeitsplätze, aber er schafft auch neue. Zwischen dem Verlust von Arbeitsplätzen in einem Sektor und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen anderswo können jedoch zeitliche Lücken entstehen. Was immer der langfristige Nutzen für Volkswirtschaft und Lebensstandard sein mag, in einigen Wirtschaftszweigen und bei einigen Gruppen werden sich die Kosten vor dem Nutzen einstellen. Daher müssen wir unsere Bemühungen darauf konzentrieren, Probleme des Übergangs abzufedern. Die unerwünschten Auswirkungen des Wandels werden umso stärker ausfallen, je länger man sich diesem Wandel widersetzt, aber es wäre Wunschdenken, sie leugnen zu wollen.“ Gerade das wird aber hierzulande sehr gepflegt, besonders in einem sozialdemokratischen Milieu.

Deutschland hat in der Folge eine Schwäche im Erkennen von Wenn-dann-Beziehungen. „Zu den Bedingungen wirtschaftlichen Erfolgs gehörten Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge, Gebäude und andere wirtschaftlichen Anlagegüter. Investitionen sind mit erheblichen Risiken verbunden. Sie erfolgen nur, wenn den Verlustrisiken attraktive Gewinnmöglichkeiten gegenüberstehen. Hohe Arbeitskosten und hohe Steuerlasten mindern unternehmerische Gewinne und damit unmittelbar die Investitionsbereitschaft. Klassenkämpferische Rhetorik hilft dabei nicht weiter, sie tut ein Übriges, um Investitionen zugunsten anderer Standorte zu verdrängen.“ Das schreibt Professor Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts und fügt hinzu: „Die Arbeitskosten sind ein Schlüssel zur Überwindung der deutschen Wachstumsschwäche.“

Solange der Staat für Nichtarbeit mehr zahlt als der Markt für geleistete Arbeit, wird niemand arbeiten. Die einzige Möglichkeit besteht im Anreiz des Hinzuverdienens. Dann darf der Staat aber nicht mehr Konkurrent des Arbeitsmarktes sein, sondern muss sich eher als Partner verstehen. Er muss vor allem die Kosten der sozialen Sicherungssysteme von den Arbeitskosten lösen. Sie gefährden seit Jahren die eigentlichen Arbeitsplätze selbst. Arbeitsplätze. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als einen kompletten Paradigmenwechsel. Für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit habe ich dazu für eine Sozialpolitik der Teilhabe plädiert. Sie, die Teilhabe,

die Chance, sich aus einer schwierigen Lage im wahrsten Sinne des Wortes auch wieder herausarbeiten zu können, muss das soziale Ziel sein. Darauf wird in Deutschland aber nicht trainiert. Darauf kommt es aber an.

Das globale Umfeld wird nach den Einbrüchen auf den Finanzmärkten bis auf Weiteres weniger wachstumsfreundlich sein. Um eine Abgleiten in neue schwierige Lagen zu verhindern, muss es allerdings um mehr gehen als um Managergehälter und Boniregelungen, Eigenkapitalverpflichtungen und Standards für Regulierung, Aufsicht und staatliche Rettungsaktionen.

Es geht darum, dass ein Berufsethos der Integrität und Transparenz bei Menschen und Institutionen im Finanzmarkt beachtet wird. Nur so kann Vertrauen wieder zurück gewonnen werden. Markt und Moral, Markt und Charakter, Markt und Spielregeln, Maß und Mitte – das sind keine Gegensätze sondern gegenseitige Voraussetzungen für nachhaltigen Erfolg. Eliten, die in einer freien Bürgergesellschaft Verantwortung übernehmen, sollten sich in ihrem Tun an Fragen der Lebensdienlichkeit des menschlichen Maßes, der Glaubwürdigkeit und des zivilisatorischen Fortschritts und an dem untrennbaren Zusammenhang zwischen Verantwortung und Haftung orientieren. Keine Aufsicht und kein Regelwerk wird Erfolg haben, wenn diese Haltung nicht gelebt wird.

Es kann nicht sein, dass eine politische Partei wie die FDP und eine Stiftung wie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sich verpflichtet fühlen, für die Marktwirtschaft einzutreten und viele, die in der Marktwirtschaft selbst Verantwortung tragen, so wenig für die Legitimierung dieser Wirtschaftsordnung der Freiheit tun.

Vieles entscheidet sich 2010 im Brennpunkt der Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik. Das Stimmengewirr ist bisher trotz Koalitionsvereinbarung, von der man sich doch Klärung versprach, beträchtlich. Die Operationalisierung der vereinbarten Steuervereinfachung bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung macht erkennbar zu schaffen. Der Bundesfinanzminister schreibt von einer „noch nicht gefestigten Wirtschaftsdynamik“, die es weiter zu unterstützen gelte. Als „Unterstützen“ sollte aber ein beträchtlicher Teil der Erörterungen nicht verstanden werden, die über Weihnachten hereinbrachen und von Abgabenerhöhungen als Beitrag zur Haushaltskon-

solidierung sprachen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist in dieser Hinsicht äußerst konservativ: Sie versteht weiterhin unter sparen „sparen“ und nicht „neue Einnahmequellen“.

Gerade eine bürgerliche Regierung kann aus dieser Verantwortung nicht entlassen werden. Solide Finanzen sind und bleiben Kernbestandteil marktwirtschaftlich orientierter Politik und nicht das Ausstellen ungedeckter Schecks auf die Zukunft. Es ist zweifellos richtig, wenn eine Steuerpolitik der Vereinfachung und der Senkung eingesetzt wird, um mehr Dynamik und Wachstum für mehr Arbeitsplätze zu schaffen und schlussendlich damit auch eine Grundlage für Haushaltskonsolidierung. Das erspart aber das Haushalten selbst nicht. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit empfindet es jedenfalls nicht als unangemessen, diese Aufforderung zu Beginn des Jahres 2010 an eine Koalition zu richten, von der sie etwas erwartet. Bis jetzt ging noch alles mit Bodenturnen, demnächst steht das Hochreck an.

Europa hat wie kein anderer Kontinent Souveränitäten gepoolt, um einen Rückfall in alte Konflikte zu vermeiden. Die kritische Masse für eine überzeugende europäische Loyalität ist aber noch nicht erreicht. Europa ist zwar aus dem Größten heraus, aber es ist noch nicht da, wo es sein möchte. Europa hat Ressourcen für eine Gestaltungsrolle, aber es muss sie auch nutzen wollen. Es muss sein Wachstumspotential ausschöpfen und eine kohärente Modernisierungs- und Konsolidierungsstrategie verfolgen. Wir sollten uns klar zu Europa bekennen – das ist keine Flucht aus der Nation in die Integration, sondern Erkenntnis aus der Tatsache, dass Deutschland nur europäisch eingebettet wirklich etwas erreichen kann.

Die Vereinigten Staaten werden auch in Zukunft das Land bahnbrechender Technologien bleiben. Die Größe des eigenen Marktes und die Fähigkeit dieses Landes, Wissenschaftler und Forscher aus aller Welt an sich zu ziehen, ist enorm. Die Vereinigten Staaten werden sich behaupten. Ihre Bevölkerung wird jünger sein als die Chinas und Russlands. Die Krise auf den Finanzmärkten hat Amerikas Standing beeinträchtigt. Sie kann aber auch ein Weckruf sein. Das Land hat immer noch und immer wieder den unternehmerischen Spirit, der anderen oft fehlt.

Die transatlantische Zusammenarbeit zwischen Europa, den USA und Kanada ist, auch wenn sich mancherorts neue Konstellationen herausbilden wollen, geostrategisch ohne Alternative. Der Westen ist nicht nur eine geographische Bezeichnung, er ist ein politisches Programm. Er stößt gegenwärtig auf alte Herausforderungen des Neuen, der Moderne, der Aufklärung. Es gibt Menschen, die von ihrem Glauben und ihren Überzeugungen so besessen sind, dass sie dafür andere töten und den Verlust des eigenen Lebens gerne in Kauf nehmen.

Die westliche Staatengemeinschaft ist den Menschenrechten verpflichtet, der Trennung von Kirche und Staat. Sie muss den Dialog suchen und die Verhältnismäßigkeit der Mittel bei unumgänglichen Maßnahmen zum Schutz von Menschen bewahren. Sie darf den Rechtsstaat gegen die, die ihn beseitigen wollen, nicht aufs Spiel setzen. Das mag sie leicht angreifbar machen und verwundbar. Am Ende aber wird sie gerade aus diesem Grund überlegen sein. Es wird allerdings länger dauern als Ungeduldige hinzunehmen bereit sind.

In Afghanistan hat die bisherige Bilanz bisher nur bescheidenen Erfolg gebracht. Das Ganze ist eine einzige Geschichte der Ernüchterung und des Mangels politischer Führung und Überzeugung auf allen Seiten. Eine durchschlagende Gewährleistung von Sicherheit ist ausgeblieben. Karzais Regierung muss klar kommuniziert werden, dass es nun um eine „Afghanisierung“ der Verantwortlichkeiten geht. Sie muss durch die internationale Gemeinschaft mit dem Ziel flankiert werden, dass die territoriale Integrität des Landes und seine Souveränität sowie ein Mindestmaß an staatlichen Strukturen gesichert werden, auch wenn Afghanistan mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Westminster-Demokratie werden wird.

Das alles kann nur gelingen, wenn alle die dort arbeiten, in Sicherheit arbeiten können und wenn eine erneute Machtübernahme der Taliban verhindert wird. Ob die dazu notwendigen militärischen Maßnahmen als Krieg bezeichnet werden oder nicht – ohne Soldaten und allein mit einer Art von auswärtiger Kulturpolitik wird sich in Afghanistan nichts richten lassen. Alle „Escape“-Strategien, die gegenwärtig gehandelt werden, müssen ein Mindestmaß an Benchmarks zugrunde legen über das, was in naher Zukunft er-

reicht werden soll. Nur in einem solchen Kontext kann dann auch sinnvollerweise über ein Ja oder Nein zur Entsendung von mehr oder weniger Soldaten entschieden werden. Deutschland sollte sich nur nichts vormachen. Wenn mit einem überzeugenden Konzept in Afghanistan Ziele in absehbarer Zeit erreicht werden sollen, die die Grundlage für einen Abzug legen, kann weder eine entscheidende Erhöhung zivilen Engagements noch eine Erhöhung der Zahl deutscher Soldaten ganz einfach von vornherein ausgeschlossen werden.

Im Nahen Osten hat sich die israelische Regierung zwar zu einer Zweistaatenlösung bekannt, allerdings mehr zögerlich. Sie räumt Endstatusverhandlungen keine Priorität ein. Sie scheint auch gegenwärtig nicht bereit zu sein, die Siedlungspolitik zu beenden. Die palästinensische Seite ist tief gespalten, je länger Fortschritte ausbleiben, je länger amerikanisches und auch europäisches diplomatisches Geschick nichts zustande bringen, desto nachhaltiger werden die Konflikte dort zementiert. Mit den Sicherheitsratsresolutionen und mit den Ergebnissen bisheriger Verhandlungen liegen in Umrissen alle notwendigen Elemente auf dem Tisch.

Das Problem dieser Region ist die stets nur mit der jeweils eigenen Gemeinschaft gelebte Solidarität. Die Leiden der jeweils anderen sind dabei außer Betracht geblieben. Diejenigen, die mit politischem Mut zum Frieden vorangingen wie Sadat und Rabin, haben mit ihrem Leben dafür bezahlt. Die politischen Führungen in der Region müssen ihren Gesellschaften über eigene Tabuschwellen hinweghelfen und die Gesellschaften müssen sich von den jeweiligen Fanatikern lossagen – sonst wird es keinen dauerhaften Frieden geben.

Alle Möglichkeiten ernsthaften diplomatischen Engagements im Atomstreit mit dem Iran müssen ausgeschöpft werden. Die Verhandlungen dienen von Anfang an dem Zweck, die Proliferationsgefahr zu verringern und einer weiteren Destabilisierung im Mittleren Osten entgegenzuwirken. Viele meinen, eine Verschärfung der Sanktionen könne uns etwas weiter bringen. Sanktionen, die nicht von Russland und China mitgetragen werden, würden einen großen Teil der gewünschten Wirkung verfehlen. Beide Staaten haben bisher lediglich gezeigt, dass gegen sie nicht viel zu erreichen ist. Es gilt beiden zu verdeutlichen, dass ein solches Verhalten nicht Ausdruck verantwort-

tungsbewussten internationalen Verhaltens ist. Die Atomwaffenbesitzer sollten weltweit allerdings auch ihre eigenen Arsenale abrüsten. Eigene Glaubwürdigkeit ist wichtig, wenn andere überzeugt werden sollen. Abrüstung muss ein zentrales weltweites Thema werden.

In der Klimapolitik wirken sich nach meiner Überzeugung die Anstrengungen Deutschlands eher aus wie das strampeln einer Fliege im Milcheimer, bis sie Butter unter die Füße bekommt. Die Ankündigung der Europäischen Union über eine Reduzierung ihrer Emissionen um 30 Prozent wirft die Frage auf, wer mitmacht. In Kopenhagen gab es dazu kein großes Gedränge. Die bisherige Politik wirft die Frage auf, ob nationale Maßnahmen wie das Einspeisungsgesetz für neue Energien tatsächlich in den Instrumenten und in dem Volumen das Gelbe vom Ei sind. Denn auch bei guten Absichten ist ein solch hoher Transfer von Geldern, die ja über den Strompreis auf alle Verbraucher umgelegt werden, regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Wie wir neue Technologien entwickeln, die ihre Nutzenergie in der richtigen Menge, am richtigen Ort, zur richtigen Zeit verfügbar machen, ist die entscheidende Frage. Vernünftige Menschen haben immer ein Interesse an schadstoffärmeren Autos und am Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen. Sie brauchen keine Bevormundung, auch keine wissenschaftlich verbrämte Unfehlbarkeit, keinen Alarmismus und kein Katastrophengemälde. Wenn Klimaforscher Minderheitenmeinungen als unbequem empfinden, wie des Öfteren geschehen, besteht der begründete Verdacht, dass sie eher auf Diskurshoheit aus sind als auf Diskurs.

Es gibt aus Erkenntnissen der weltweiten Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Art von Design für erfolgreiche Länder. In der Politik geht es um die Gestaltung von Rechtsstaatlichkeit, Verwaltungseffizienz, Infrastruktur, Bildungschancen, Umweltschutz und Schutz des Eigentums als entscheidender Voraussetzung nicht nur für nachhaltige Freiheit, sondern auch als wichtige Güter für mobile Produktionsfaktoren. In der Wirtschaft geht es um Wettbewerbsfähigkeit und Kompetenz im Wandel im Hinblick auf die standortgebundenen Arbeitsplätze.

Hinzu kommt in freien, erfolgreichen Gesellschaften eine Kultur des Umgangs mit Unterschieden. Ich beschreibe diese Fähigkeit seit längerem gerne mit Fairness und halte Fairness für eine Haltung, auf die die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in ihrer politischen Bildungsarbeit aus sein sollte. Es gibt Unterschiede in den menschlichen Fähigkeiten des Wissenserwerbs, der Selbstorganisation und der Teamfähigkeit. Menschen sind keine Lebensressourcen, die gleichgemacht werden könnten. Es gibt leider auch Menschen, die mit vielen angebotenen Chancen nichts anzufangen wissen, denen man helfen muss.

Es gefährdet aber die Grundlagen der Freiheit, „wenn der wirtschaftliche und persönliche Erfolg“ – so schreibt der Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio – „eine Quelle des Neides und der Missgunst wird.“ Eine freie Gesellschaft muss Unterschiede anerkennen. Sie kann der Realität von schlechterdings nicht zu beseitigenden Ungleichheiten nicht entkommen.

Wenn Chancen an die Tür von Ländern klopfen, dann werden sie von den Gesellschaften und der Politik genutzt, die sie öffnen.